

## » Presseinformation 8/2026

---

19.06.2026

Seite 1 von 2

### **Entbürokratisierung braucht Umsetzung: IDW liefert konkrete Vorschläge**

**Deutschland fehlt es bei der Entbürokratisierung nicht an Problembewusstsein, dafür an konsequenter Umsetzung. Das neue Trendwatch-Positionspapier des IDW verdeutlicht: Wirksame Maßnahmen gegen übermäßige Regulierung müssen zügig umgesetzt werden. Dafür legt das IDW konkrete Vorschläge zur Entbürokratisierung vor.**

**Düsseldorf, 19.06.2026** – Das neue Trendwatch-Positionspapier zur Entbürokratisierung des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW) adressiert ein zentrales Problem des Wirtschaftsstandorts: Ineffiziente und übermäßige Regulierung verursacht erhebliche Kosten für Unternehmen, bremst Produktivität und schränkt unternehmerische Handlungsfreiheit ein. Damit wirkt sie innovations- und wachstumshemmend und belastet den volkswirtschaftlichen Wohlstand. „Zu viel Bürokratie belastet Unternehmen erheblich. Die eigentliche Herausforderung liegt nicht in dieser Erkenntnis, sondern in der Identifizierung und konsequenten Umsetzung von konkreten Entlastungsmaßnahmen“, sagt Melanie Sack, Vorstandssprecherin des IDW.

Das Trendwatch Positionspapier des IDW bündelt praxisnahe Vorschläge aus unterschiedlichen Rechtsbereichen und Branchen und nutzt hierbei die Expertise aus dem Berufsstand der Wirtschaftsprüfer. Die Vorschläge setzen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene an und können dazu beitragen, die kumulative Belastungswirkung einzelner Regelungen spürbar zu reduzieren. „Nur mit einer konsequenten Kosten-Nutzen-Analyse lassen sich konkrete Entlastungen für die Unternehmen erreichen“, so Sack.

Zu den ausgewählten Ansätzen gehören u. a.:

- Anhebung der Größenkriterien im Publizitätsgesetz: Schwellenwerte sollen an die heutige Kaufkraft angepasst werden, um Rechnungslegungs-, Prüfungs- und Offenlegungspflichten für Unternehmen in vertretbarem Ausmaß zu reduzieren.
- Abbau unnötiger Angabepflichten und Doppelarbeiten: Unter anderem soll die Pflicht zur Angabe bestimmter Unterschiedsbeträge bei Pensionsrückstellungen entfallen, die keinen erkennbaren Informationsmehrwert liefern.
- Zurückdrehen der Überfrachtung und Zersplitterung der Berichtslandschaft: Berichtspflichten mit EU-rechtlicher Grundlage sollen hinterfragt werden, mindestens sollten Überschneidungen reduziert und Konzepte vereinheitlicht werden.

## » Presseinformation 8/2026

---

19.06.2026

Seite 2 von 2

- Gezielte Entlastung des Mittelstands: Kleine und mittelgroße Unternehmen sollen von besonders aufwendigen Bilanzierungspflichten – etwa bei latenten Steuern – vollständig befreit werden können. Für nicht haftungsbeschränkte Unternehmen sollte eine Annäherung an die Einheitsbilanz ermöglicht werden.
- Überprüfung europäischer Formatvorgaben: Die Pflicht zur ESEF-Formatierung von Berichten soll entfallen, da Aufwand und Nutzen deutlich auseinanderfallen.
- Energiesektor: Die Antragstellung etwa bei der Strompreiskompensation soll auf tatsächlich erforderliche Angaben beschränkt, energierechtliche Prüfungspflichten sollten durch Einführung von de-minimis-Grenzen reduziert werden.
- Finanzsektor: Aufsichtliche Prüfungen sollen stärker an Risiko und Wesentlichkeit ausgerichtet werden, um Prozesse zu straffen und Doppelarbeiten zu reduzieren.
- Krankenhaussektor: Zuständigkeiten, Nachweis- und Prüfungspflichten sowie Verfahren sollten bundesweit klarer und einheitlicher geregelt werden, um Budgetverhandlungen, Erfüllung von Personalvorgaben und Ausschreibungspflichten spürbar zu vereinfachen und Doppelprüfungen zu vermeiden.

Mit diesen und zahlreichen weiteren Vorschlägen zeigt das IDW praxisnahe Wege auf, wie regulatorische Anforderungen zielgerichtet vereinfacht und Unternehmen spürbar entlastet werden können. Ziel ist es, dass sie in der Gesamtheit einen merklichen Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland leisten. „Es geht nicht um eine Deregulierung um der Deregulierung wegen. Sondern es geht um die Unterscheidung zwischen sinnvoller Regulierung einerseits, die Vertrauen in Märkte und Unternehmen schafft, und komplexen Regeln andererseits, die Ressourcen binden ohne echte Mehrwerte zu schaffen“, betont Sack.

Das IDW Trendwatch Positionspapier „Entbürokratisierung“ finden Sie [hier](#).

---

### » Kontakt:

Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW)

Director Communications: Holger Externbrink

Roßstr. 74 | 40476 Düsseldorf | Tel.: 0211/4561-427 | Fax: 0211/4561-88427 |

E-Mail: [holger.externbrink@idw.de](mailto:holger.externbrink@idw.de) | [Presseinformationen \(idw.de\)](#) | [LinkedIn](#)

Das Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW), gegründet 1932, repräsentiert rd. 13.000 Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, damit etwa 80% aller deutschen Wirtschaftsprüfer. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. Das IDW wahrt die Interessen seiner Mitglieder, unterstützt deren Berufsausübung durch fachlichen Rat und berufsständische Standards, fördert die Aus- und Fortbildung der Wirtschaftsprüfer und ihres beruflichen Nachwuchses und leistet umfassenden Mitgliederservice. Themen der Rechnungslegung und Prüfung, des Steuer- und Berufsrechts sowie der betriebswirtschaftlichen Beratung sind Gegenstand der Tätigkeit des IDW. [www.idw.de](http://www.idw.de)